

# Vorlesung „Ökonomie der regionalen Ressourcen“

VO –Nr. 731.119 SS 2009

---

## ***Regional Governance***

**Thomas Dax**  
**c/o Bundesanstalt für Bergbauernfragen**  
**01/ 504 88 69 – 0**  
**[thomas.dax@babf.bmlfuw.gv.at](mailto:thomas.dax@babf.bmlfuw.gv.at)**

## Abbildung 1: Wandel in der Steuerung von Regionen

- Aufwertung von Prozessen gesellschaftlicher Selbststeuerungsverfahren
- tendenzielle Aufwertung der regionalen Ebene durch die EU-Strukturpolitik
- zunehmende Regionalisierung der Wirtschaft (Clusterbildung, Milieueffekte)
- Umbau des Wohlfahrtsstaates unter Einbeziehung von gesellschaftlichen Selbsthilfekräften (Adressaten der Steuerung einbezogen) zum „aktivierenden Staat“ (Staat auf Kernkompetenzen reduziert)
- gemeindeübergreifende Verflechtung der Daseinsgrundfunktionen (Auseinanderdriften von Problem- und Steuerungsebenen)

## Abbildung 2: Konzept Regional Governance

### Paradigmatischer Wandel in der **Steuerung von Regionen**

- normatives Konzept (Übergang von „klassischer“ zu „neuer“ Regionalplanung)
- Diskussion im komplexen Aufgabenfeld von Regionalplanung und Raumentwicklung
- Überlagerung verschiedener Handlungsebenen und Akteure
- Bildung intermediärer Strukturen
- von Regulierung/Förderung zu Steuerung

politisches *Mehrebenensystem*

Kooperation und Kommunikation in *Netzwerken*

*Auseinanderdriften* von Problem- und Steuerungsebenen

(globale vs. lokale/regionale Entwicklungen)

## Abbildung 3: Strategien und Steuerung ländlicher Räume

### Problem-/Handlungsfelder

- globaler Rahmen: Weltwirtschaftsgipfeln (G7, G8 ...), WTO-Verhandlungsrunden, GATS (General Agreement on Trade in Services)
- regionale Ebene: regionale Leitbilder, Strategieprozesse, Agenda 21-Prozesse.
- Ländliche Räume: Disparitäten zwischen zentrennah und peripher, Aufrechterhaltung von Daseinsvorsorge und grundlegende Standards der öffentlichen Infrastruktur
- Bedarf an intermediären Strukturen (z.B. Regionalmanagements)
- vertikale staatliche Steuerungsformen (neue Rahmenbedingungen, Steuerung ländlicher Entwicklungspolitik im Rahmen raumrelevanter Politiken, Prioritäten und Schwerpunkte)

## Abbildung 4: Definition – Governance

„Am ehesten lässt sich >Governance< mit Steuerung, Leitung übersetzen. Dabei wird überall dort in Staat, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von Governance gesprochen, wo individuelle Interaktionen und soziale Transaktionen systematischen Handlungsmustern und Regeln folgen. Während government formelles, durch Recht, Gesetz und Verfassung bestimmtes Handeln umschreibt, zielt Governance auf Mechanismen informellen und nicht-institutionalisierten Handelns.“

## Abbildung 5: Definition 2

Definition der Commission on Global Governance: Danach ist

„Governance ... die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden.“

## Abbildung 6: EU-Weissbuch. Europäisches Regieren

- **Offenheit:** offener arbeiten ... Entscheidungen erklären ...geeignete Sprache verwenden.  
Vertrauen in komplexe Strukturen stärken.
- **Partizipation:** Akteure in Politikgestaltungsprozess einbeziehen ...  
Vertrauen in Endergebnis und Institutionen.
- **Verantwortlichkeit:** Rollenverteilung klarer ... Klarheit und Zurechenbarkeit auf allen Ebenen wichtig.
- **Effektivität:** Politik muss wirksam sein ... Ziele als Grundlage, Folgenabschätzung, ... Verhältnis der Maßnahmen zu Zielen ...Entscheidungen auf geeigneter Ebene.
- **Kohärenz:** Politik und konkretes Handeln müssen kohärent und leicht nachvollziehbar sein. Bedarf an Kohärenz wächst: zunehmende Vielfalt durch neue MS. ... Klimawandel, Bevölkerungsentwicklung, Probleme über sektorale Politik hinweg ... stärkere Einbindung regionaler und lokaler Körperschaften  
politische Führung und Verantwortlichkeit gefordert, um in komplexem System .. Schlüssigem Ansatz zum Tragen zu bringen.



## Abbildung 7: Anforderung an regional governance in nachhaltigen Raumentwicklungsprozessen

- **Umfassendes Verständnis** für den jeweiligen lokalen und regionalen Kontext
- Verknüpfung der verschiedenen Themen und Aktionsbereiche mittels einer **integrierten regionalen Sichtweise**
- **Teilnahme aller Akteure**, die vom räumlichen Entwicklungsprozess betroffen sind, um ein erfolgreiches Programm abzuwickeln.
- Querbeziehungen zwischen den Akteuren sind zu stärken und intensivieren, um traditionelle **sektorale Ansätze zu überwinden**.
- **Neue Kommunikationsmuster** für strategische Lernprozesse (mit dem Ziel der Nachhaltigen Entwicklung) sind zu entwickeln.
- >>>Formelle und informelle Interaktionen>>>Institutionalisierung



**Abbildung 8:** Überlagerung von regionalen Planungsinstrumenten  
(Beispielsregion Arezzo, I)

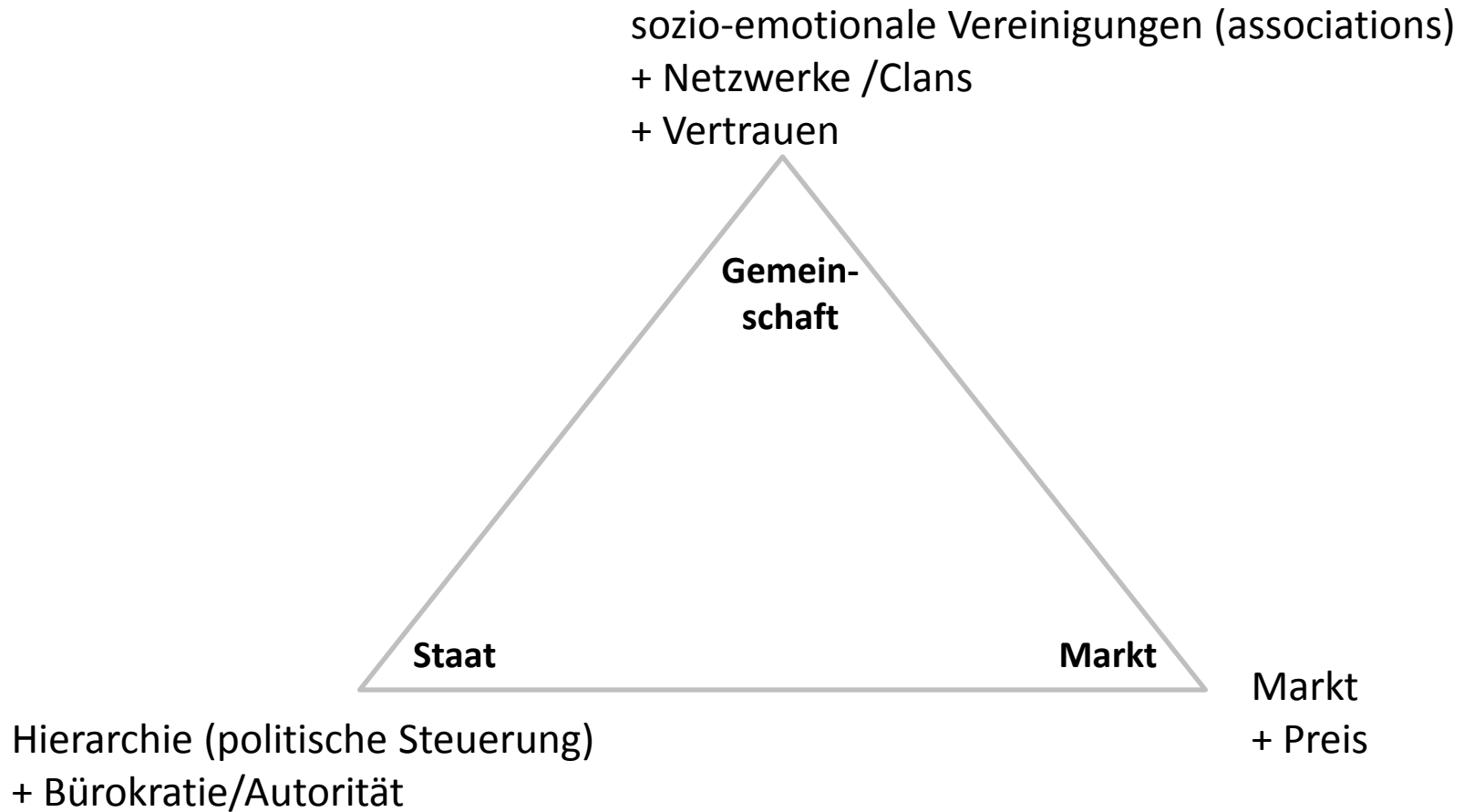
Programme	EU	Staat (I)	Region (Toskana)	Provinz (Arezzo)	Lokale Akteure
Ziel 2 Progr. 2000-2006	<b>X</b>		X		
RDP 2000-2006	<b>X</b>		X	X	
Leader +	<b>X</b>		X	X	X
Lokaler Entw.plan der Provinz 2001-2004			<b>X</b>	X	
Territorialer Pakt	X	<b>X</b>	X	X	X
Territorialer Pakt LW		<b>X</b>	X	X	X
Programmverträge					
Agenda 21					
Entwicklungsplan für Berggebiete	X	X	<b>X</b>	X	X
Industrial Districts			<b>X</b>	X	
Rural Districts					
PASL			<b>X</b>	X	
PISL	<b>X</b>		X	X	

Strategische Akteure (**X**); beteiligte Akteure (x)

## Abbildung 9: Vier Bedingungen für „Institutional Thickness“

- Institutionen, die mit Regionalentwicklung befasst sind, müssen auf regionaler Ebene **vorhanden** sein.
- Es bedarf einer Kommunikations- und Kooperations**bereitschaft** dieser Institutionen (wie im Rahmen von Netzwerken), die durch bestimmte Regeln gestützt werden.
- Es bedarf einer definierten Abstimmung von **verbindlichen** Aufgaben und Kompetenzen mit Sanktionsmaßnahmen bei Missachtung dieser.
- Ein kollektives Bewusstsein aller Institutionen ist notwendig, um an **gemeinsamen** Inhalten, Projekten beteiligt zu sein. Leitbildprozesse können hierfür die Grundlage bilden.

## Abbildung 10: Grundformen gesellschaftlicher Steuerung



## Abbildung 11: Mix der Steuerungslogiken

Analysebereich	Von Region zu Region unterschiedlich
<b>Markt</b>	<i>Kontextbedingungen:</i> <ul style="list-style-type: none"><li>- Wirtschaftsstruktur</li><li>- politische Kultur - regionale Identität</li></ul>
<b>Staat</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- institutionelles Umfeld</li><li>- nationale Einbettung</li></ul>
<b>Gemeinschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- regionale Selbststeuerung</li><li>- regionale Kulturelle Eigenheiten</li></ul>
<b>Netzwerke</b>	Dichte der Beziehungen Vertrauen, ungeschriebene Normen Vernetzungsgrad, Weiterentwicklung, Abstimmungsleistungen etc.

## Abbildung 12: Governance-Konzept in ländlichen Regionen

- Funktionaler Aspekt im Vordergrund
  - Veränderungen in Politik für ländliche Gebiete (siehe Neues Paradigma der Ländlichen Entwicklung – OECD)
  - Orientierung:  
Wettbewerbsfähigkeit, Diversifizierung, Raumbezug, Technologiewirkungen, soziales Kapital ...
  - Schwerpunkt – neue Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge, Integration in großräumige Wirtschaftsentwicklung (v.a. in Bezug auf periphere ländliche Gebiete)
- Mikro-Regionen als Ziel von Politikmassnahmen:
- überlagern (bestehende) administrative, geographische Einheiten
  - Beziehungen zu benachbarten Gebieten (inter-regionaler Aspekt)
  - Strategieentwicklung + gemeinsame regionale Ziele
  - neue Akteure
  - vertikale/horizontale Kooperation
  - „policy proofing“, Evaluierung und begleitende nationale Netzwerke

## Abbildung 13: Mehrebenen – Vertragsbedingungen: Vorteile und Probleme

Vorteile	Probleme
* Verbindung regionaler und nationaler Politiken	* Hohe Transaktionskosten für Aushandlung und Durchführung
* Beitrag zum lokalen Kapazitätsaufbau	* Vervielfachung der Verträge in den Nutzerländern
* Legitimierungsfunktion	* Zentralstaatliche Ebene verzichtet nur ungern auf Vorrechte
* Bewältigung institutioneller Fragmentierung	* Potenzial von Rigidität trotz möglichen Veränderungsbedarfs
* Stabilisierung der Beziehungen zwischen den Regierungsebenen auf längere Sicht	* Verzerrung zu Gunsten von Kapitalzuschüssen
* Verteilung der Lasten großer und komplexer Projekte und Programme für eine einzelne Regierungsebene nicht möglich	* Evaluierungsverfahren nicht im Vorhinein gut durchdacht
* Verteilung des politischen Risikos	* Häufig Bevorzugung der oberen Regierungsebenen

## Abbildung 14: Zusammenfassung

Regional governance: *neue regionale Selbststeuerungsformen*  
(unterschiedliche Systeme),  
kein detailliertes Theoriekonzept,  
Zusammenschau unterschiedlicher Theorien und Methoden

- (1) *primär* Netzwerke, Konventionen, Verträge,  
allg. gesellschaftliche Normen  
(Reziprozität, Rationalität der Diskurse)
- (2) *dynamische* Veränderungen  
→ zunehmende Institutionalisierung (governance als Zwischenphase)  
→ Problemlösung, welche nicht über bestehende Institutionen  
möglich ist  
(Promotoren der Problemlösung)
- (3) Regelungsbedarf *konkreter Probleme*  
→ projektbezogenes kollektives Handeln (auf regionaler Ebene)  
→ Institutionalisierung durch Regionalplanung  
→ immer mehr gemeindeübergreifende oder  
public-private-partnership Lösungen erforderlich.

## Literatur:

Beutl, H.: Regional Governance und Regionalplanung, dargestellt am Beispiel Niederösterreich, Dissertation an der Universität Wien, 2005.

Fürst, D.: Regional governance zwischen Wohlfahrtsstaat und neo-liberaler Marktwirtschaft, 2001.

Fürst, D.: Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Aktionsraum Region – Regional Governance, Heft 8/9, Bonn 2003.

Heintel, M.: Regional Governance: Modetrend oder brauchbare Theorie? In: Wirtschaft und Gesellschaft, 32.Jahrgang (2006), Heft 3, Wien, S.345-367.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäisches Regieren, Ein Weissbuch, KOM(2001) 428 endgültig, Brüssel, 25.7.2001.

[eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2001/com2001\\_0428de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2001/com2001_0428de01.pdf)

OECD: Governance in rural areas under restructuring, document GOV/TDPC/RUR(2002)1, Paris.15pp.

OECD: Place-Based Policies for Rural Development, Tuscany, Italy (case study), Paris 2005.

OECD: Das neue Paradigma für den ländlichen Raum. Politik und Governance. OECD-Berichte über die Politik für den ländlichen Raum, Paris, 2006.

# DANKE FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT